

Der Vorsitzende des Finanz- und Wirtschaftsausschusses, **RM Bruns**, berichtet, dass den Aufwendungen im Ergebnishaushalt in Höhe von insgesamt 32,2 Mio. Erträge von 33,6 Mio. Euro gegenüberstehen. Rückblickend habe sich die Haushaltssituation seit 2010 jährlich gegenüber den ursprünglichen Planungen verbessert. Seit 2013 würden die Ergebnishaushalte der einzelnen Jahre Überschüsse ausweisen. Eine Ausnahme bilde nur das Jahr 2016, in der eine Sofortabschreibung für das Aqua-Toll fällig gewesen sei. In 2019 und in den nächsten drei Jahren sei der Ergebnishaushalt ausgeglichen und weise Überschüsse von insgesamt 5,8 Mio. Euro aus. Der Schuldenstand entwickle sich mittelfristig betrachtet ebenfalls positiv. In 2019 könne neben der regulären Tilgung sogar eine Sondertilgung vorgenommen und der Schuldenabbau vorangetrieben werden. Für die in 2019 geplanten Investitionen in Höhe von über 3 Mio. Euro seien zudem keine Kreditaufnahmen erforderlich. Der vorgelegte Haushalt sei im Ausschuss für Finanzen und Wirtschaft daher in der Diskussion insgesamt positiv bewertet und mehrheitlich zum Beschluss empfohlen worden.

Für die CDU-Fraktion teilt **RM Bruns** mit, dass die Ergebnishaushalte in den kommenden Jahren Überschüsse ausweisen, die Fehlbeträge aus den Vorjahren abgebaut werden konnten und sich der Gesamtschuldenstand verringert hat. In diesem Zusammenhang stellt er stellvertretend für die CDU-Fraktion folgenden Antrag:

*„Die Hebesätze für die Grundsteuer A und B sowie für die Gewerbesteuer werden in einer ersten Stufe im Haushaltsjahr 2019 um 10 Prozentpunkte gesenkt. Weitere Senkungen um je 10 Punkte werden in den Haushaltsentwürfen 2020 und 2021 durch die Verwaltung eingeplant und dem Rat in den jeweiligen Haushaltsberatungen zur Entscheidung über die Umsetzung gesondert vorgelegt.“*

Als Begründung führt er aus, dass die Stadt über historisch hohe Steuereinnahmen verfügt, was auf die allgemein gute konjunkturelle Entwicklung und auf die gute Arbeit in Rat und Verwaltung zurückzuführen sei. Auch in den Bereichen der Grundsteuern und der Gewerbesteuer sei die Entwicklung sehr positiv. Er weist darauf hin, dass die Steuererhebung der Deckung des Finanzbedarfs der Stadt dient, der Finanzbedarf nach dem vorliegenden Haushaltsentwurf gedeckt sei und Überschüsse erzielt werden. Insofern sei es nur folgerichtig, die Steuerzahler/-innen, nämlich die Bürgerinnen und Bürger und die Unternehmen, an der guten Situation teilhaben zu lassen. So würde es auch der Kreistag des Landkreises Friesland machen, der die Stadt Schortens neben der bereits erfolgten Senkung der Kreisumlage in 2018 und einer bereits im Haushaltsentwurf 2019 eingeplanten Entlastung von 400.000,00 € zusätzlich in diesem Jahr um weitere 480.000,00 € entlasten wird. Eine entsprechende Empfehlung habe der Kreisausschuss bereits ausgesprochen. Der Kreistag werde hierüber im März beschließen.

Weiter führt RM Bruns aus, dass die mit der beantragten Steuersenkung einhergehenden Mindereinnahmen für die Stadt in diesem Jahr in Höhe von ca. 226.000,00 € allein durch die Entlastung des Landkreises also mehr als kompensiert werden würden. Für die Folgejahre sei zu erwarten, dass aufgrund der Neubautätigkeit die Einnahmen im Bereich der Grundsteuern weiter steigen und auch im Bereich der Gewerbesteuern sich die Einnahmen durch bereits erfolgte und neue Unternehmensansiedlungen weiter positiv entwickeln werden. Eine

Haushaltsverträglichkeit der beantragten Steuersenkung sei aus Sicht der CDU-Fraktion daher gegeben. Abschließend bittet er die Ratsmitglieder, den Antrag zu unterstützen.

**RM Ottens** teilt mit, dass die Fraktion „BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN“ dem Antrag nicht zustimmen kann. Eine „Steuersenkung“ höre sich immer gut an, so RM Ottens, jedoch würde diese keine große Entlastung für die Bürger/-innen ergeben. Viel wichtiger sei ihm aber, dass man bei der Schuldenobergrenze von 16 Mio. angelangt sei, die man nicht überschreiten dürfe. Er spricht sich dafür aus, die positive finanzielle Entwicklung für einen schnelleren Schuldenabbau zu nutzen.

**RM Heiden** erklärt, dass die UWG-Fraktion den Haushalt positiv beurteilt und diesem auch zustimmen wird. Dem Antrag der CDU-Fraktion könne seine Fraktion jedoch nicht zustimmen, da sie die finanzielle Entwicklung konservativer beurteilt. Der Überschuss von 1,3 Mio. würde bereits Begehrlichkeiten wecken, und zwar nicht nur hinsichtlich einer Steuersenkung und den Neubau eines Heimathauses. Die Aussage, man könne sich dies leisten, könne seine Fraktion nicht unterstützen.

RM Heiden führt weiter aus, dass die Stadt mehrere Investitionen getätigt hat und neben dem „Aqua Fit“, das fast fertig gestellt sei, weitere Investitionen plant, u. a. den Umbau des Bürgerhauses, die Digitalisierung in den Schulen, die Sanierung der Turnhalle in Sillenstede und den Neubau der Krippe in Oestringfelde. Er merkt an, dass die letzten Vergaben für die Baumaßnahmen bereits gezeigt hätten, dass auch Kostensteigerungen Berücksichtigung finden müssen, die den Überschuss verringern würden. Ebenso sollten Kosten für Tarifsteigerungen berücksichtigt werden.

Abschließend erklärt RM Heiden, dass die beantragte Steuersenkung für ihn eine Entlastung von 15,00 € im Jahr ergeben würde und er dieses Geld gerne der Stadt zur Verfügung stellt, da es sich hierbei um Steuern handelt, die vor Ort bleiben und in die Infrastruktur fließen.

**RM Kasig** teilt mit, dass die SPD-FDP-Gruppe den Antrag der CDU-Fraktion nicht unterstützen kann. Mit Blick auf die Zukunft für die neue junge Generation und den Prognosen in diesen Tagen, dass die Konjunktur schwächelt und bald Steuereinnahmen fehlen werden, könne seine Gruppe diesen Vorstoß nicht mittragen. Daneben plane die Bundesregierung gerade die Reform der Grundsteuer. Der Haushalt sei solide geplant und die Steuersätze lägen im untersten Level im Landkreis Friesland. Zudem seien die Gebührenbescheide bereits versandt worden.

Ergänzend weist er darauf hin, dass die Grundsteuerersparnis etwa 25,00 € pro Einfamilienhaus betragen würde. Da die SPD-FDP-Gruppe für eine ausgewogene Finanzpolitik steht und eine Steuersenkung komplett zu Lasten der Sondertilgung gehen würde, lehnt sie den Antrag der CDU-Fraktion ab.

Zum Haushalt führt RM Kasig, aus, dass die Stadt die Wirtschaft mit 3 Mio. Euro fördert, Zuwendungen für die Investitionstätigkeiten in Höhe von ungefähr 1,5 Mio. erhält und 1,5 Mio. aus dem städtischen Haushalt kommen. Eingeplant sei eine Sondertilgung in Höhe von 400.000,00 € und eine Umschuldung in Höhe von etwa 1 Mio. Dies sei klasse, so RM Kasig, und deshalb werde die SPD-FDP-Gruppe dem Haushalt zustimmen.

**RM Just** erklärt, dass auch die Fraktion „Freie Bürger“ dem Antrag der CDU-Fraktion nicht zustimmen wird. Er merkt an, dass die CDU-Fraktion jahrelang die Meinung vertreten hat, dass der Haushalt dem Rat und der Verwaltung – insbesondere wegen der Baumaßnahme „Aqua Fit“ - um die Ohren fliegen wird. Dies sei jedoch nicht eingetreten. Vielmehr habe sich die Haushaltslage deutlich gebessert. Daraus jedoch zu schließen, es würde der Stadt so gut gehen, dass man den Bürger/-innen Geschenke machen könnte, die allerdings pro Haus relativ gering sein würden, sei nicht richtig. Er gibt zu bedenken, dass der Schuldenstand historisch hoch ist und spricht sich dafür aus, zusätzlich zur Verfügung stehendes Geld in die Schuldentilgung fließen zu lassen.

**BM Böhling** teilt mit, dass der vorsichtig gerechnete Ergebnishaushalt einen Überschuss von 1,4 Mio. Euro ausweist und es sich um einen guten Haushalt handelt. Die Gewerbesteuer sei betont vorsichtig angesetzt worden und in aller Regel sei es so, dass sich das Ergebnis am Jahresende noch einmal deutlich verbessert.

Näher geht er auf den sogenannten „Zukunftspakt“ ein, den der Landrat und die Bürgermeister der kreisangehörigen Städte und Gemeinden im vergangenen Jahr nach langwierigen Verhandlungen abgeschlossen haben. Daraus ergibt sich, dass die Stadt Schortens in diesem Jahr vom Landkreis eine Gesamtsumme von ca. 1,2 Mio. Euro erhält - 800.000,00 € aus den Überschüssen, die der Landkreis erwirtschaftet hat, und 400.000,00 € für die Kinderbetreuung. Es sei ein gutes Ergebnis erzielt worden, das dem Landkreis, aber natürlich auch den Städten und Gemeinden insgesamt zu Gute komme.

BM Böhling führt weiter aus, dass im Haushalt eine Summe von 3 Mio. Euro für freiwillige Leistungen veranschlagt ist, was etwa 10 % entspricht. Dies sei im Vergleich zu vielen anderen Städten und Gemeinden, die hierfür 2 oder 3% einplanen, sehr hoch. Er ist der Ansicht, dass Rat und Verwaltung gemeinsam stolz darauf sein können, den Einwohnerinnen und Einwohnern neben den Pflichtaufgaben - wie z. B. Reparatur von Straßenlaternen und Straßen – freiwillige Leistungen wie Kultur, Sport und vieles mehr anbieten zu können, die das Leben in der Stadt Schortens und darüber hinaus lebenswert machen. Er unterstreicht, dass die in der Finanzplanung für die nächsten Jahre deutlichen Überschüsse nicht nur dem Geld vom Landkreis, sondern auch der guten Konjunktur und natürlich auch der guten Arbeit des Rates und der Verwaltung geschuldet sind. Er bedankt sich herzlich bei der Verwaltung und den Ratsmitgliedern für diese gute Arbeit.

Bezug nehmend auf die bisherige Diskussion erklärt **RM Bruns**, dass er es sich nicht herausnehmen würde zu beurteilen, ob die von der CDU beantragte Steuersenkung für die einzelne Bürgerin und den einzelnen Bürger viel oder wenig Geld darstellt, da er keine Kenntnis über die einzelnen Wohn- und Grundstücksverhältnisse hat. Er betont nochmals – wie bereits in seiner Eingangsrede -, dass die Sondertilgung auch bei einer Steuersenkung gesichert sei, wenn die jetzt zusätzlich avisierte Entlastung des Landkreises für die Steuersenkung zur Gegenfinanzierung herangezogen werde. Er bestätigt, dass sich die Stadt jahrelang an der Schuldenobergrenze bewegt hat und dies aufgrund der geplanten Kreditaufnahme im kommenden Jahr auch wieder tun wird. Die mittelfristige Finanzplanung zeige jedoch, dass man in kürzester Zeit an die 14 Mio.-Grenze kommen wird. RM Bruns ist zuversichtlich, dass der Schuldenabbau auch weiterhin betrieben werden kann, wenn die Haushaltsplanung

kontinuierlich so stringent fortgesetzt wird. Er unterstreicht, dass die Steuereinnahmen – wie in den vergangenen Jahren - sehr konservativ angesetzt wurden und auch die vergangenen Jahre gezeigt haben, dass die Entwicklung positiver war als in der ursprünglichen Planung angedacht.

**RM Kasig** gibt zu bedenken, dass die Gremien des Landkreises Friesland noch nicht abschließend über die zusätzliche Entlastung beraten haben und der Rat daher von dem heute vorliegenden Zahlenwerk ausgehen muss.

**RM Eggerichs** merkt an, dass die Stadt Schortens gemeinsam mit den Gemeinden Zetel und Bockhorn die niedrigsten Hebesetze im Landkreis Friesland hat. Von einer Steuerlast für die Bürger/-innen könne man daher nicht sprechen. Er hält es für wichtig, sich zunächst auf die Abarbeitung des Sanierungsstaus und die Schuldensenkung zu konzentrieren.

**RM Ottens** betont nochmals die Wichtigkeit des Schuldenabbaus. Er verweist in diesem Zusammenhang auf den von der CDU wegen des vorhandenen Sanierungsstaus geforderten Masterplan für alle öffentliche Gebäude und merkt an, dass hierfür noch Geld benötigt wird und daher eine Steuersenkung nicht möglich ist.

**RM Homfeldt** findet es gut, dass nunmehr der gesamte Rat den bestehenden Sanierungsstau zur Kenntnis genommen hat, zumal dies vor drei, vier, fünf Jahren - als über das Hallenbad diskutiert worden sei - noch völlig anders gewesen sei. Er gibt zu bedenken, dass der Investitionsplan die meisten erforderlichen Maßnahmen bereits beinhaltet. Noch nicht enthalten sei das Sanitärgebäude des HFC. Seine Fraktion fordere einen Masterplan, so RM Homfeldt, um in Zukunft planvoller arbeiten zu können.

Bezug nehmend auf den Antrag betont er, dass die CDU-Fraktion die Haltung vertritt, von den Bürgerinnen und Bürgern wirklich nur das Geld zu nehmen, das wirklich gebraucht wird. Aufgrund der avisierten Überschüsse sei eine Steuersenkung daher gerechtfertigt. Von Geschenken könne daher keine Rede sein. Abschließend gibt er den Hinweis, dass sich eine Grundsteuersenkung nicht nur auf Hauseigentümer, sondern auch auf Mieter auswirken würde.

**RV Buß** lässt zunächst über den weitergehenden Antrag der CDU-Fraktion und anschließend über den Beschlussvorschlag abstimmen.